

Lieferungs- und Zahlungsbedingungen

§ 1 Allgemeine Bestimmungen

1.

Diese Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Firma Kunststofftechnik Emmerthal GmbH sind Bestandteil aller Angebote und Verträge über Warenlieferungen des Auftragnehmers, auch in laufender und künftiger Geschäftsbeziehung. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers bzw. Auftraggebers gelten nur insoweit, als dass sie vom Auftragnehmer schriftlich bestätigt werden.

2.

An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen behält sich der Auftragnehmer seine eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Auftragnehmers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Auftragnehmer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

3.

Teillieferungen sind zulässig, soweit sie den Auftraggeber nicht unzumutbar belasten.

§ 2 Angebote

1.

Soweit nichts Anderes vereinbart, ist der Auftragnehmer an Angebote sechs Wochen gebunden.

2.

Es gelten die vereinbarten Preise für Lieferungen und Leistungen entsprechend den vereinbarten Losgrößen. Der Auftragnehmer kann eine Preisanpassung vornehmen bzw. Verhandlungen über eine Preisanpassung einfordern, wenn nach Vertragsabschluss die Preise für das insgesamt benötigte Material unter Berücksichtigung der Weltrohstoffpreise eine nennenswerte Änderung erfahren und die vereinbarten Preise unter Berücksichtigung der Besonderheiten im Einzelfall nicht mehr aufrecht erhalten werden können oder die Mehrwertsteuer eine Änderung erfährt. Die Preise verstehen sich ab Werk ausschließlich Verpackung zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Auftragnehmers zu leisten. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten und rechtskräftig festgestellt sind.

3.

Handelsübliche Farbabweichungen, insbesondere Farb- und Strukturabweichungen von Kunststoffprodukten, bleiben vorbehalten.

§ 3 Lieferung

1.

Lieferungen erfolgen an die vereinbarte Stelle; bei geänderten Anweisungen trägt der Besteller die Kosten. Lieferung frei Lager bedeutet Anlieferung ohne Abladen unter der Voraussetzung einer mit schwerem Lastzug zu befahrenden Anfuhrstrecke. Verlässt das Lieferfahrzeug auf Weisung des Kunden die befahrbare Anfuhrstraße, so haftet dieser für auftretende Schäden. Bei bloßer Lieferung von Waren hat das Abladen unverzüglich und sachgemäß durch den Kunden zu erfolgen. Wartezeiten werden dem Kunden berechnet.

2.

Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernder Unterlagen, erforderlicher Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Besteller voraus.

3.

Lieferfristen gelten nur insoweit, als dass der Auftragnehmer verbindliche Lieferfristen schriftlich zugesagt hätte.

4.

Ist die Nichteinhaltung vereinbarter Fristen auf höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr oder ähnliche Ereignisse, z. B. Streik, Aussperrung zurückzuführen, verlängern sich die Lieferfristen angemessen. Der Auftragnehmer wird den Kunden vor der Verzögerung unverzüglich unterrichten. Dauert die Verzögerung unangemessen lange, so kann jeder Vertragsteil schadensersatzfrei vom noch nicht erfüllten Teil des Vertrages zurücktreten. Im Übrigen ist der Kunde zum Ersatz des entstandenen Aufwandes für den noch nicht erfüllten Teil des Vertrages gegen Überlassung von bearbeiteten oder unbearbeiteten Materialien verpflichtet.

5.

Kann der Liefergegenstand infolge von Umständen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht zu dem vertraglich vereinbarten Termin versandt oder abgenommen werden, so geht die Gefahr in dem Zeitpunkt auf den Kunden über, in dem diesem die Anzeige der Versandbereitschaft zugegangen ist. Der Auftragnehmer wird den Kunden unverzüglich über die Verzögerung unterrichten. Lagerkosten gehen zu Lasten des Kunden. Im Übrigen geht die Gefahr auf den Kunden über, sobald die Sendung an die den Transport ausführende Person übergeben worden ist oder zwecks Versendung das Lager des Auftragnehmers verlassen hat.

§ 4 Verzug

1.

Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, sind in allen Fällen verzögerter Leistung, auch nach Ablauf einer dem Auftragnehmer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, auf den Wert der Teilleistung beschränkt, soweit gesetzlich zulässig. Das gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung vom Auftragnehmer zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorgesehenen Regelungen nicht verbunden.

2.

Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftragnehmers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf Lieferung besteht.

§ 5 Zahlung

1.

Ist die vertragliche Leistung vom Auftragnehmer erbracht, so ist die Vergütung sofort und ohne Abzug zu entrichten, sofern nichts Anderes ausdrücklich vereinbart ist.

2.

Der Auftragnehmer ist ausdrücklich berechtigt, Abschlagsrechnungen zu legen, die sofort fällig und vom Auftraggeber sofort zu begleichen sind.

3.

Wechselzahlungen sind nur bei einer besonderen Vereinbarung zulässig. Wechsel und Schecks werden stets nur zahlungshalber, nicht aber an zahlungsstatt hereingenommen. Wechselspesen und Wechselsteuern gehen zu Lasten des Kunden. Im Falle eines Scheck- oder Wechselprotestes kann der Auftragnehmer Zug um Zug unter Rückgabe des Schecks oder Wechsels sofortige Bezahlung, auch für später fällige Papiere, verlangen.

4.

Bei Zahlungsverzug sind die entstandenen Zinsen und Kosten zu ersetzen. Der Auftragnehmer kann einen Mindestzinssatz von 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz verlangen, im Unternehmergeschäft einen Mindestzinssatz von 8 % über dem jeweiligen Basiszinssatz. Die Geltendmachung weitergehender Schäden bleibt ausdrücklich vorbehalten.

5.

Bei Zahlungsschwierigkeiten des Kunden, insbesondere auch bei Zahlungsverzug, Scheck- oder Wechselprotest, ist der Auftragnehmer berechtigt, weitere Lieferungen nur gegen Vorkasse auszuführen. Alle offenstehenden, auch gestundeten Rechnungen sind sofort zur Zahlung fällig und gegen Rückgabe zahlungshalber hereingenommener Wechsel Barzahlung oder Sicherheitsleistung zu verlangen.

6.

Die Aufrechnung mit Gegenforderungen des Kunden ist nur insofern zulässig, als mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung aufgerechnet wird.

7.

Bei Zahlungen für Teillieferungen gelten ebenfalls die voranstehenden Bedingungen.

§ 6 Sachmängel

Für Sachmängel haftet der Auftragnehmer wie folgt:

1.

Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Auftragnehmers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die innerhalb der Verjährungsfrist - ohne Rücksicht auf die Betriebsdauer - einen Sachmangel aufweisen, sofern diese Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

2.

Sachmängelansprüche verjähren in zwölf Monaten. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz längere Fristen vorschreibt sowie in Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Auftragnehmers und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3.

Der Besteller hat Sachmängel gegenüber dem Auftragnehmer unverzüglich schriftlich zu rügen.

4.

Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückgehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgewendeten Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückhalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Auftragnehmer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.

5.

Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Auftragnehmer - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß sonstiger gesetzlicher Bestimmungen - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.

6.

Mängelansprüche bestehen nur bei nicht unerheblichen Abweichungen von der vereinbarten Beschaffenheit, nur bei nicht unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, nicht bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel oder die auf Grund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.

7.

Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbindung entspricht einem bestimmungsmäßigen Gebrauch.

8.

Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Auftragnehmer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinen Abnehmern keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen den Auftragnehmer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner der voranstehende Abschnitt entsprechend.

9.

Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen der nachfolgende Absatz (sonstige Schadensersatzansprüche). Weitergehende oder andere als die in diesem Abschnitt geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Auftragnehmer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

§ 7 Unmöglichkeit, Vertragsanpassung

Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Auftragnehmer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht in zweckdienlicher Weise in Betrieb genommen werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

§ 8 Sonstige Schadensersatzansprüche

1.

Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers (im Folgenden: Schadensersatzansprüche), gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.

2.

Dies gilt nicht, soweit zwingend gehaftet wird, z. B. nach dem Produkthaftungsgesetz, in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den voranstehenden Regelungen nicht verbunden.

3.

Soweit dem Besteller nach diesem Absatz Schadensersatzansprüche zustehen, verjähren diese mit Ablauf der für Sachmängelansprüche geregelten Verjährungsfrist. Bei Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften.

§ 9 Eigentumsvorbehalte

1.

Die Gegenstände der Lieferung (Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des Auftragnehmers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Besteller aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche. Soweit der Wert aller Sicherungsrechte, die dem Auftragnehmer zustehen, die Höhe aller gesicherten Forderungen um mehr als 20 % übersteigt, wird der Auftragnehmer auf Wunsch des Bestellers einen entsprechenden Teil des Sicherungsgutes freigeben.

2.

Während des Bestehens des Eigentumsvorbehaltes ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt und die Weiterveräußerung nur Wiederverkäufem im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter den Bedingungen gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält und den Vorbehalt macht, dass das Eigentum an den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtung erfüllt hat.

3.

Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Auftragnehmer unverzüglich zu benachrichtigen.

4.

Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller gesetzten angemessenen Frist zur Leistung zum Rücktritt und zur Rücknahme berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet.

5.

Wird Vorbehaltsware vom Kunden zu einer neuen beweglichen Sache verarbeitet, so erfolgt die Verarbeitung für den Auftragnehmer, ohne dass dieser hieraus verpflichtet wird; die neue Sache wird Eigentum des Auftragnehmers. Bei Verarbeitung zusammen mit nicht dem Auftragnehmer gehörenden Waren erwirbt der Auftragnehmer Miteigentum an der neuen Sache nach dem Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zu den anderen Waren zur Zeit der Verarbeitung. Wird Vorbehaltsware mit nicht dem Auftragnehmer gehörenden Waren verbunden, vermischt oder vermengt, so wird der Auftragnehmer Miteigentümer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Erwirbt der Besteller durch Verbindung, Vermischung oder Vermengung Alleineigentum, so überträgt er schon jetzt an den Auftragnehmer Miteigentum nach dem Verhältnis des Wertes oder der Vorbehaltsware zu der anderen Ware zur Zeit der Verbringung, Vermischung oder Vermengung. Der Besteller hat in diesen Fällen die im Eigentum oder Miteigentum des Auftragnehmers stehenden Sachen, die ebenfalls als Vorbehaltsware im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen gilt, unentgeltlich zu verwahren.

6.

Wird Vorbehaltsware vom Besteller allein oder zusammen mit nicht dem Auftragnehmer gehörenden Waren veräußert, so tritt der Besteller schon jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen in Höhe des Wertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten und Rang vor dem Rest ab.

Der Auftragnehmer nimmt die Abtretung an. Wert der Vorbehaltsware ist der Rechnungsbetrag des Auftragnehmers zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages von 10 %, der jedoch außer Ansatz bleibt, soweit ihm Rechte Dritter entgegenstehen. Wenn die weiterveräußerte Vorbehaltsware im Miteigentum des Auftragnehmers steht, so erstreckt sich die Abtretung der Forderung auf den Betrag, der dem Anteilswert des Auftragnehmers an Miteigentum entspricht.

7.

Der Besteller ist zur Weiterveräußerung, zur Verwendung oder zum Einbau der Vorbehaltsware nur im üblichen ordnungsgemäßen Geschäftsgang und nur mit der Maßgabe berechtigt und ermächtigt, dass Forderungen im Sinne der voranstehenden Absätze auf den Auftragnehmer tatsächlich übergehen. Zu anderen Verfügungen über die Vorbehaltsware, insbesondere Verpfändung oder Sicherungsübereignung, ist der Kunde nicht berechtigt.

8.

Der Auftragnehmer ermächtigt den Besteller unter Vorbehalt des Widerrufs zur Einziehung der in den voranstehend genannten Absätzen abgetretenen Forderungen. Der Auftragnehmer wird von der eigenen Einziehungsbefugnis keinen Gebrauch machen, solange der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen auch gegenüber Dritten nachkommt. Auf Verlangen des Auftragnehmers hat der Besteller die Schuldner der abgetretenen Forderung zu benennen und diesen die Abtretung anzuzeigen, der Auftragnehmer ist berechtigt, den Schuldnern die Abtretung auch selbst anzuzeigen.

§ 10 Gerichtsstand und anwendbares Recht

1.

Alleiniger Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Sitz des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Bestellers zu klagen.

2.

Für die Rechtsbeziehungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt deutsches materielles Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

§ 11 Verbindlichkeit des Vertrages

Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Dies gilt nicht, wenn das Verhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.

Einkaufsbedingungen

1. Vertragsabschluss

- 1.1 Für die Bestellungen der Firma Kunststofftechnik Emmerthal GmbH gelten die nachfolgenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen. Entgegenstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten **widersprechen** wir ausdrücklich. Abweichungen in der Auftragsbestätigung gelten nur, wenn sie ausdrücklich schriftlich anerkannt wurden. Die Ausführung der Bestellung gilt als Anerkennung dieser Allgemeinen Einkaufsbedingungen.
- 1.2 Nur schriftliche Bestellungen verpflichten uns. Mündliche und fernmündliche Vereinbarungen werden erst durch unsere schriftliche Bestätigung wirksam.
- 1.3 Durch Angebote und Bemusterung dürfen keine Kosten entstehen. Unsere Auftragsunterlagen bleiben unser Eigentum und dürfen Dritten nicht zur Kenntnis gebracht werden. Nutzungen zu Werbezwecken bedürfen unserer ausdrücklichen Zustimmung.
- 1.4 Der Übertragung von Leistungen auf Dritte kann widersprochen werden.

2. Lieferung und andere Leistungen

- 2.1 Vereinbarte Fristen und Termine sind verbindlich und unbedingt einzuhalten. Verzögerungen sind unverzüglich schriftlich mit fernmündlicher Ankündigung unter Angabe von Gründen bekanntzugeben.
- 2.2 Wir können bei Zeitüberschreitungen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, die Annahme der Ware verweigern, vom Vertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen. Das Recht zur Geltendmachung des vollen uns entstandenen Verzugschadens und/oder einer Vertragsstrafe wird hierdurch nicht berührt.
- 2.3 Teillieferungen akzeptieren wir nur nach ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung.
- 2.4 Erfüllungsort für Lieferungen und andere Leistungen ist der Firmensitz der Firma Kunststofftechnik Emmerthal GmbH.
- 2.5 Jeder Eigentumsvorbehalt, insbesondere auch zugunsten Dritter, ist ausgeschlossen.
- 2.6 Bei Vereinbarung von Vertragsstrafen sind wir berechtigt, diese unabhängig davon geltend zu machen, ob wir bei Annahme der Leistung einen entsprechenden Vorbehalt machen oder nicht.
- 2.7 Preisanpassungen widersprechen wir ausdrücklich. Sie sind ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung ausgeschlossen.

3. Versand

- 3.1 In allen Unterlagen - auch in den Versandunterlagen - sind die Daten unserer Bestellung anzuführen.
- 3.2 Die Lieferung erfolgt für uns fracht- und verpackungsfrei, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart wurde. Das Transportrisiko trägt der Auftragnehmer. Die Empfangsbestätigung für Ware ist nur als Anerkenntnis des Wareneingangs, nicht aber als Erfüllungsbestätigung zu werten. Bei anderer Vereinbarung hat der Lieferant die für den Besteller günstigste und am besten geeignete Transportmöglichkeit zu wählen.
- 3.3 Der Lieferant hat gefährliche Erzeugnisse gemäß den nationalen/internationalen geltenden Bestimmungen zu verpacken, zu kennzeichnen und zu versenden.

4. Gewährleistung

- 4.1 Durch unsere Zustimmung zu Zeichnungen, Berechnungen und anderen Unterlagen des Auftragnehmers wird dessen alleinige Haftung nicht berührt.
- 4.2. Der Auftragnehmer hat seine Leistung so zu erbringen, dass sie die vertraglich zugesicherten Eigenschaften hat und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem bei Auftragserteilung vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Der Auftragnehmer leistet weiter Gewähr dafür, dass der Liefergegenstand den anerkannten Regeln der Technik, den neuesten Vorschriften der Behörden, dem Gerätesicherheitsgesetz, den jeweils gültigen sicherheitstechnischen Anforderungen und den Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften entspricht.
- 4.3 Es gelten die gesetzlichen Gewährleistungsfristen. In Abweichung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches beginnen die Fristen nicht mit der Ablieferung der Ware, sondern erst mit seiner bestimmungsgemäßen Verwendung durch uns unter Berücksichtigung der Haltbarkeitsvorschriften. Die Prüfungspflicht gemäß § 377 HGB wird abbedungen.
- 4.4 Sollte aufgrund mangelhafter Konstruktion, Empfehlung oder Lieferung durch den Auftragnehmer eine Nachbesserung oder Erneuerung erforderlich sein, so kommt der Auftragnehmer für sämtliche damit im Zusammenhang stehenden Kosten (u. A. Abbruch, Montage, Ausfallzeiten etc.) neben der eigentlichen Nachbesserung auf.
- 4.5 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Beseitigung von Mängeln und Schäden unter Fristsetzung nicht nach, sind wir berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, die Mängel auf seine Kosten zu beseitigen oder beseitigen zu lassen und Schadensersatz zu verlangen.

- 4.6 Durch Nachbesserung bedingte Stillstandszeiten hemmen den Ablauf der Gewährleistungsfrist.
- 4.7 Der Lieferant stellt den Besteller von Ansprüchen aus Produzentenhaftung sowie aufgrund des Produkthaftungsgesetzes frei, soweit der Lieferant oder dessen Zulieferer den die Haftung auslösenden Produktfehler verursacht hat.

5. Haftung

- 5.1 Neben den Gewährleistungsansprüchen haftet der Auftragnehmer für alle dem Auftraggeber zustehenden gesetzlichen und vertraglichen Schadensersatzansprüche. Der Auftragnehmer haftet auch für Schäden, die durch ihn oder seine Beauftragten verursacht werden.
- 5.2 Der Auftragnehmer haftet zudem für die Ansprüche, die bei vertragsgemäßer Verwendung seiner Lieferungen oder Leistungen aus der Verletzung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen erhoben werden. Er stellt uns und unsere Abnehmer von allen derartigen Ansprüchen frei. Wir verpflichten uns, den Lieferanten unverzüglich von allen uns bekannt gewordenen Verletzungsrisiken zu unterrichten.
- 5.3 Wir haften für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Für leichte Fahrlässigkeit haften wir nur, wenn es um die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten geht. Im übrigen sind bei leichter Fahrlässigkeit Schadensersatzansprüche des Kunden, gleich aus welchem Rechtsgrund, ausgeschlossen. Die vorstehende Haftungsbeschränkung greift nicht bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

6. Zahlung

- 6.1 Wir zahlen nach Vereinbarung, sonst nach unserer Wahl bei ordnungsgemäßer Lieferung und Rechnungserteilung innerhalb von 14 Tagen mit 3 % Skonto oder innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Rechnung ohne Abzug. Diese Regelung gilt dann nicht, wenn in laufender Geschäftsbeziehung eine spezielle Skontoabrede getroffen wurde.
- 6.2 Etwaige Mehr- oder Minderleistungen sind in der Rechnung gesondert aufzuführen.
- 6.3 Zahlungsfristen laufen erst von dem festgelegten Zeitpunkt an, frühestens ab Waren- und Rechnungseingang.
- 6.4 Wir behalten uns vor, eingehende Rechnungen mit Leistungen unsererseits zu verrechnen und Differenzbeträge entsprechend anzufordern bzw. auszuführen.

- 6.5 Der Lieferant ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, seine Forderung abzutreten oder durch Dritte einzuziehen zu lassen, wobei die Zustimmung nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Interessen des Lieferanten erfolgt.

7. Allgemeines

- 7.1 Gerichtsstand ist Hameln. Wir können jedoch den Auftragnehmer an seinem allgemeinen Gerichtsstand verklagen.
- 7.2. Das Vertragsverhältnis unterliegt deutschem Recht. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Wareneinkauf wird ausgeschlossen.
- 7.3 Sollten einzelne Bestimmungen oder Bedingungen dieser Allgemeinen Einkaufsbedingungen oder sonstiger getroffener Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung zu ersetzen.